

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg**

**Staat Oldenburg**

**Oldenburg, [O.], Landtag 7.1854 - 29.1904**

21. Sitzung, 2. Teil, 20.02.1900

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151027](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151027)

# Bericht

über

die Verhandlungen

des

XXVII. Landtags des Großherzogthums Oldenburg.

Einundzwanzigste Sitzung. II. Theil.

Oldenburg, den 20. Februar 1900, Nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Groß.

Am Regierungstische: Staatsminister Janßen, Exc., Minister Flor, Exc., Geh. Oberregierungsrath Willich, Geh. Oberregierungsrath Dugend, Oberbaurath Böhlk, Oberregierungsrath Graepel, Finanzrath Wöbs, Dekorationsrath Heumann, Amtsassessor Münzebrock.

Der Präsident eröffnet die Sitzung wieder.

Es wird in die Fortsetzung der Tagesordnung eingetreten.

I. Fortsetzung der Berathung über den Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Erweiterung des Schullehrer-Seminars zu Oldenburg.

Nach anfänglicher Beschlußunfähigkeit des Hauses erhält das Wort der

Abg. Meyer (Holte): Sein Standpunkt weiche zum Theil ab von den bis jetzt ausgeführten Ansichten. Für ihn spielten auch die Finanzen bei dieser Frage eine Hauptrolle. Er hätte gewünscht, daß der bisherige Zustand unserer Lehrerbildungsanstalten aufrecht erhalten geblieben wäre. Denn unsere Schuleinrichtungen ständen auf der Höhe der Zeit und könnten sich mit allen in Deutschland messen. Die Oldenburger Lehrer seien anerkannt tüchtig. Das wisse er aus eigener Erfahrung, daß die am Wechtaer Seminar über den eigenen Bedarf Oldenburgs ausgebildeten Lehrer im Ausland fast ohne Ausnahme recht gut fortkämen; in den letzten 25 Jahren seien das etwa 50—60 gewesen. Die hätten in Preußen meist ihr zweites Examen gemacht und die Anforderungen seien dort, speciell in der

Rheingegend, wie ihm bekannt, sehr hoch. Und das oldenburger Seminar solle doch nach Ansicht mancher noch höhere Lehrziele erstreben als das in Wechta, wozu der länger dauernde Kurjus eigentlich befähigen müßte. — Er müsse nun aber anerkennen, daß neue Verhältnisse neue Einrichtungen bedingten und wie es doch in der Neuzeit mit manchen neuen Einrichtungen zu thun hätten. Schon allein die Gewährung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst bedinge ja ein höheres Lehrziel als das gewesene. Aber die 5. Klasse reiche vollkommen aus und müsse ausreichen. Noch weiter zu gehen sei nicht nöthig. Das mache nur übermäßig große Kosten und belaste das Budget zu stark. Er würde gegen die Einrichtung selbst der 5. Klasse sein, wenn nicht die Lehrer jetzt ein gegen früher erheblich besseres Gehalt bekämen und man daher den Aspiranten des Schuldienstes auch etwas mehr Aufwendungen zumuthen dürfe.

Die für das 6. Jahr angeführten Gründe seien für ihn nicht stichhaltig. Das Lehrziel der Volksschule könne sich doch nur richten nach den Bedürfnissen des Durchschnitts der Bevölkerung, dafür sei eine fremde Sprache zu hoch. Die Wichtigkeit derselben verkenne er sonst ganz und gar nicht und für manche Lehrer möchte die Kenntniß fremder Sprachen erst ganz erwünscht sein, jedoch ihre obligatorische Einführung auf dem Seminar entspreche den Bedürfnissen der Allgemeinheit nicht, wohl möge ihre fakultative Einführung angemessen sein.

Die Aeußerungen des Abg. Schröder vom Vormittage über den Religionsunterricht müsse er mißbilligen. Gerade

der Unterricht in der Religion sei äußerst bedeutungsvoll und könne sicherlich nicht durch diejenigen in den Naturwissenschaften ersetzt werden. Der Glaube an Gott, die Hoffnung und das Vertrauen auf ihn und die Liebe Gottes, die wahre, echte Religion sei es, welche in das reine, kindliche Menschenherz der Kinder gepflanzt werden müsse, aber nicht die zum Theil auch noch recht unreifen Ideen und Ansichten, die durch Darwin und Hückel in die Welt gebracht seien. Er wolle nicht hoffen, daß von den bisherigen bewährten Grundsätzen in dieser Richtung fortan abgegangen würde.

Ein Aufnahmealter für das Seminar von 14 Jahren sei nach Redners Erachten reichlich früh, jedoch wolle er sich nicht dagegen erklären, man müsse eben Auswahl behalten und würde ein Alter von 15 Jahren festgesetzt, so könne leicht ein Mangel eintreten. Es komme jetzt nach dem Abgang vom Seminar noch das Militärjahr hinzu, das mache die jungen Leute ja auch reifer. Auch habe bis jetzt die Erfahrung gelehrt, daß die jungen Lehrer das erforderliche Maaß von Befähigung im Alter von 19—20 Jahren erlangt hätten und dies Alter überschreiten sie in Zukunft wohl meistens, bevor sie angestellt werden. Er halte die Regierungsvorlage für durchaus annehmbar.

Abg. **Tanzen**: Er halte die 6. Klasse für unbedingt nötig, wenn die Volksschule ihre Aufgabe mit Erfolg erfüllen solle, und er bedauere, daß die Vorlage dieselbe nicht mit umfasse. Wenn auch die gleichzeitige Schaffung einer fünften und sechsten Klasse praktisch unmöglich sei, so hätte doch ein Organisationsplan jetzt schon vorgelegt werden können. Es wäre daher eigentlich konsequent gewesen, wenn man die Vorlage abgelehnt hätte mit dem Ersuchen an die Regierung, einen anderen Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung eines sechsklassigen Seminars mit völlig neuen Organisationsplan vorzulegen. Dadurch aber wäre andererseits Zeit verloren worden, denn der Einrichtung einer 6. Klasse müsse nothwendigerweise diejenige einer 5. Klasse um einige Jahre vorangehen. Da die Vorlage aber die 5. Klasse wolle, so stimme er ihr zu in der Voraussetzung, daß dem nächsten ordentlichen Landtage, wie es auch im Antrage **Nr. 3** ausgesprochen sei, ein Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung einer 6. Klasse, vorgelegt werde.

Nun habe der Herr Minister gesagt, daß die Regierung deshalb eine 6. Klasse nicht für nötig halte, weil ausschließlich das Bedürfnis der Volksschule maßgebend sei und dieses eine 6. Klasse nicht verlange.

Es sei gewiß richtig, daß für die Ausbildung der Lehrer das Bedürfnis der Volksschule maßgebend sein müsse. Ganz unzutreffend scheine ihm aber die Meinung zu sein, daß diesem Bedürfnisse der Volksschule durch die jetzige Seminarbildung genügt werde.

Er schließe das schon aus dem einen Umstande, daß namentlich im Norden des Herzogthums von Jahr zu Jahr neue sog. Privatschulen entstanden, Einrichtungen, die er mit dem Abg. Gerdes keineswegs als nützlich für die Hebung des Volksschulwesens ansehe, die aber bei dem jetzigen Zustande der Volksschule unvermeidlich seien, weil dasjenige, was die Volksschule biete, vielen Eltern nicht mehr genüge, und weil ihnen andererseits meistens die Mittel fehlten, um ihre Kinder zum Besuche höherer Schulen

in die Stadt entsenden zu können. Da bleibe nichts übrig, als sich auf dem Lande durch Einrichtung von Privatschulen so gut zu helfen wie es gehe, selbst auf die Gefahr hin, die Volksschule dadurch zu schädigen. Dem könne man nur abhelfen durch eine Hebung der Volksschulen, diese wiederum werde erreicht durch eine Hebung der Seminarbildung und dazu sei die 6. Klasse nötig.

Der Abg. Burlage befürchte bei der Hebung der Seminarbildung, der mit der Zeit eine Erweiterung des Lehrziels der Volksschule folgen müsse, Halbbildung, welche allerdings bedenklich sei und Unzufriedenheit erzeuge. Aber was sei denn Halbbildung? Er glaube, mit dem Worte werde manchmal geradezu Unfug getrieben. Sei die jetzige Volksschulbildung eine abgeschlossene? Habe sie etwa eine zufriedene Generation herangezogen? Er meine, es gäbe Unzufriedenheit genug im deutschen Vaterlande und diese sei das Produkt der deutschen Volksschule, soweit die Schule überhaupt auf diese Entwicklung von Einfluß gewesen sei. Nein, die Hauptaufgabe der Schule sei, den Verstand der Schüler zu schärfen und weiter auszubilden, die Kinder mit einem gesunden Verstande ins Leben zu schicken. Das sei der beste Bundesgenosse sowohl im Kampfe ums Dasein, als auch gegen die Anfechtungen des modernen Lebens. Werde dieses Ziel erreicht, so würde das nach seiner Ueberzeugung ganz wesentlich zur Bekämpfung der Unzufriedenheit beitragen. Die jetzige Volksschule aber sei dieser Aufgabe nicht gewachsen, ihr Lehrziel müsse erweitert, der Unterricht vertieft werden.

Dazu sei der erste Schritt die Hebung der Lehrerbildung, die in nennenswerthem Maaße nur möglich sei durch die Einrichtung einer 6. Seminarklasse.

Ob diese ausreiche, müsse die Zeit lehren.

Abg. **Quatmann**: Er sei anderer Meinung als der Abg. Tanzen. Man schieße über das vernünftige Ziel der Volksschule hinaus. Die Oldenburger Lehrer hätten doch recht gute Erfolge erzielt und seien sehr tüchtig. Man dürfe in der Volksbildung nicht zu weit gehen. Die elementaren Fächer sollten gründlich gelernt werden, das reiche aus. Man dürfe den Wissensdurst nicht noch weiter ins Volk tragen. Es müsse Höhere und Niedere geben, Leute die studirten, aber auch Leute, die mit schwieliger Hand arbeiten mögen. Wissenschaft sei ja nicht zu verachten, aber die Berufstüchtigkeit, das sei die Hauptsache, und die Lust an der Arbeit. Das Streben nach oben gehe viel zu weit. Er halte es durchweg besser, daß der Sohn des Beamten wieder Beamter werde, besser als wenn der Sohn des Beamten Handwerker und der Sohn des Handwerkers Beamter werde. Eine dreijährige Ausbildung auf dem Seminar sei völlig ausreichend.

Abg. **Gerdes**: Wenn in der Denkschrift des Lehrervereins auch gesagt sei, die Erweiterung des Seminars sei nötig zur Hebung der sozialen Stellung des Lehrers, so könne das keinen Grund für ihn bilden, die 6. Klasse einzurichten. Nein, für ihn sei die Hebung der Volksschule maßgebend und die könne nur gehoben werden durch eine weitere Ausbildung der Lehrer. Habe man gute Lehrer, so habe man auch eine gute Schule. Selbst wenn in den übrigen deutschen Staaten die 6. Klasse noch nicht einge-

führt sei, so solle Oldenburg vorangehen und nicht erst kommen, wenn es zu spät sei.

Was den Kostenpunkt angehe, so falle der gar nicht ins Gewicht. Das Kapital, welches für eine Hebung der Volksschule angewandt werde, trage Zinsen, wie sie keine Bank je bringen könne.

**Abg. Hug:** Er wolle kurz seinen Standpunkt darlegen. Er stimme zunächst für die Anträge des Abg. Ahlhorn, sodann für den Minderheitsantrag und zwar aus rein nüchternen und praktischen Erwägungen. Wenn einmal die Lehrerschaft eine bessere Ausbildung verlange, so solle man dem doch Rechnung tragen und ihre Wünsche nicht partiisch nennen. Er habe im Laufe seines gewerblichen Lebens genügend die Erfahrung gemacht, daß die heutige Volksschulbildung nicht mehr den Anforderungen der Zeit entspreche. Die Brücke von der Schule ins Leben fehle. Das Schulwesen bedürfe nothwendig der Verbesserung.

Er müsse, um nicht für feig zu gelten, auf einige Aeußerungen von heute morgen eingehen, obwohl er sich keinen Nutzen davon verspreche. Der Abg. Burlage habe von den Irrlehren der Naturwissenschaften gesprochen, die von oben herab bereits zurückgewiesen seien, die aber unten immer noch Anklang fänden. Er meine, das Zurückdrängen der Ergebnisse der Naturwissenschaft von oben her, das heiße, das Kind mit dem Bade ausschütten. Das Wort „Irrlehre“ klinge intolerant. Aber schon häufig seien solche Irrlehren zu Wahrheiten geworden. Was vor einigen 100 Jahren noch als todesstrawürdige Irrlehren verdammt sei, sei heute anerkannt. Er verweise nur auf die Astronomie im 15. Jahrhundert. Es sei wohl richtig, andere Anschauungen zu bekämpfen, man dürfe sie aber nicht Irrlehren nennen oder falsch. Gewiß, die letzten Konsequenzen Darwins gehörten nicht in die Volksschule, das habe noch Niemand verlangt, mit den herrschenden Anschauungen über Religion seien sie nicht in Einklang zu bringen. Allerdings werde er mit dem Abg. Meyer (Holte) wohl nie auf gleichen Boden kommen. Denn ihre Weltanschauungen seien doch zu verschieden, wie überhaupt die Anschauungen darüber, was Religion sei, sehr verschieden seien, so scheinere der Abg. Schröder der Natur-Religion zu huldigen.

Man wolle ferner mit der Verbesserung der Schulen die Unzufriedenheit in der Bevölkerung beseitigen, gebildete Arbeiter würden den Utopien besser widerstehen können. Dem schließe er sich gern an, trotzdem er ein Anhänger dieser Utopien sei. Aber zur Verbesserung sei die 6. Klasse nöthig. Und dann möge es sich ja ermöglichen lassen, daß die große Bewegung verschwinde, dann müsse der Abg. Burlage aber für die 6. Klasse stimmen, die große Bewegung, die als das Werk hirnverbrannter Menschen dargestellt sei. Nein, sie sei ein Produkt der Entwicklung der Verhältnisse und wolle man sie beseitigen, so seien durchgreifende soziale Reformen nöthig, Reformen, die die Sozialdemokratie auf das ernsthafteste erstrebe, man soll ihr nur ernsthaft helfen. Und eine Unzufriedenheit herrsche doch auch in Kreisen, die dem Abg. Burlage erheblich näher ständen als ihm.

Der Abg. v. Hammerstein habe für die 6. Klasse und doch für die Mehrheit gestimmt. Solche Anschauungen habe er nicht hinter ihm vermuthet und er hoffe, daß er

noch oft solche Beobachtungen mache. Aber er habe gesagt, daß er das Vertrauen zu der Regierung besitze, dieselbe werde schon zur rechten Zeit mit der 6. Klasse kommen. Das scheinere ihm jedoch nach den Erklärungen des Herrn Ministers noch recht lange Wege zu haben. Der Landtag müsse jetzt schon auf die 6. Klasse dringen.

**Abg. Hanken:** Er könne wohl kaum noch etwas vorbringen. Aber das müsse er doch sagen, daß bei einem fünfjährigen Kurse es richtiger sei, das Aufnahmealter auf 15 Jahre festzusetzen. Mit 14 Jahren seien die Knaben noch zu unselbständig und körperlich zu wenig entwickelt. Würde noch eine 6. Klasse eingeführt, dann möge man vielleicht die Knaben mit 14 Jahren aufnehmen können, weil sie sonst zu spät in den Schuldienst eintreten würden. Er sei an sich kein Gegner der 6. Klasse. Aber dieselbe verursache sehr große Mehrkosten, auch für die Ausbildung der Schüler und seien für manche Eltern nicht zu erschwingen. Dadurch würde mancher begabter junger Mann sich nicht dem Lehrerberuf widmen können. Gerade aus den unbemittelten Ständen gingen recht tüchtige Lehrer hervor. Durch diesen Ausfall könne sich der jetzt schon fühlbare Mangel an Lehrern in noch größerem Maße zeigen. Da könne es vielleicht kommen, daß man größere Unterstützung gewähren müsse oder gar Lehrerinnen anstellen müsse. Das halte er nicht für richtig. Eine solche könne bei den Knaben den Lehrer nicht ersetzen. Sollte aber thatsächlich ein Bedürfnis nach einer 6. Klasse eintreten, da verhalte sich die Regierung hoffentlich nicht ablehnend.

**Abg. Schröder:** Daß er heute morgen mit seiner Anregung der Naturwissenschaft in ein solches Wespennest stechen würde, das hätte er nicht gedacht. Er neige nicht, wie der Abg. Hug meine, der Naturreligiosität zu, jedoch erkenne er Darwin und Hebbel als bedeutende Gelehrte an, die zur Unterstützung der Religion wesentlich beigetragen hätten. Ob ihr Standpunkt in jeder Beziehung richtig sei, darüber könne er nicht richten. Er halte aber den Unterricht in der Naturwissenschaft als eine Einführung in die Wunder der Gotteswelt von größter Bedeutung und möchte nicht diesen Unterricht durch einen solchen in biblischer Geschichte eingeschränkt sehen. Durch den Unterricht in der Naturwissenschaft würden keine Irrlehren in die Seelen der Kinder getragen, vielmehr bekämpfe man die Irrlehren am besten durch die Naturwissenschaft. Religion und Naturwissenschaft seien Unterrichtsgegenstände, die sich auf das beste ergänzten.

Daß der fremdsprachliche Unterricht nicht gleich mehrere Sprachen, etwa Lateinisch, Englisch, Französisch, umfassen könne, sei richtig, auch scheide Lateinisch ganz aus, aber ein Unterricht im Französischen könne nur von Vortheil sein. Viele Söhne von Landleuten kämen dadurch zu einer weiteren Ausbildung, daß die Volksschullehrer sie bis zu einer gewissen Stufe, etwa Quarta oder Tertia, ausbilden könnten. Das sei nicht zu unterschätzen. Er wolle dann noch auf den Lehrplan des Seminars in Braunschweig verweisen. Dort würden 24 Stunden Religion, 27 Deutsch, 22 Naturwissenschaft, 25 Mathematik und 15 Stunden Französisch obligatorisch erteilt, daneben werde Lateinisch noch fakultativ gelehrt. Die dortigen Theologen müßten

6 Wochen das Seminar besuchen, um sich dadurch auf ihren Beruf als Lokalschulinspektoren vorzubereiten. Eine Einrichtung, die er der Staatsregierung warm empfehlen möchte. Was dort möglich sei, würde auch hier möglich sein. Man dürfe niemals am wenigsten auf dem Gebiete der Schule rückständig werden, sondern solle an der Spitze marschieren.

Der Abg. v. Hammerstein habe sich im Prinzip für 6 Klassen erklärt, wolle aber kein zu schnelles Tempo. Aber was nenne denn der Abg. v. Hammerstein schnelles Tempo? Seit 24 Jahren warte man bereits auf die 5. Klasse. Soll es mit der sechsten ebenso lange dauern? Er hoffe, daß der Herr Minister sehr bald das Bedürfnis nach einer 6. Klasse empfinden würde. Daß mit der 6. Klasse auch die Einführung einer fremden Sprache verbunden werde, halte er für durchaus wünschenswerth. Wenn aber der Abg. Funch gemeint habe, daß es sich doch nur um ein Nippen ans Französische handeln werde, und dies Nippen mehrmals wiederholt habe, so müsse er dagegen bemerken, daß ein Schüler, der 6 Jahre lang nippe, schon etwas Erkleckliches lernen werde. Wolle der Abg. Funch plattdeutsch lehren, so sei das seine Sache. Daß er damit der Schule aber einen großen Hemmschuh anlege, sei sicher. Das Plattdeutsche müsse man aber der Privatthätigkeit des einzelnen überlassen, das gehöre nicht in die Schule. Dazu seien auch die Mundarten im Oldenburger Lande zu verschiedenen.

Und wenn der Abg. v. Hammerstein die Nützlichkeit und Nothwendigkeit des fremdsprachlichen Unterrichtes nicht anerkennen wolle, so könne er ihm nur mit Goethes Worten entgegnen: „Wer keine fremde Sprache kennt, weiß nichts von seiner eigenen.“

Man solle das Seminar heben, dann hebe man auch die Volksschule. Da könnten die Kosten kein so großes Wort mitsprechen. Gehaltserhöhungen würden doch immer erstrebt werden, ob man vier, fünf oder sechs Klassen habe. Aber je mehr Gehalt man bewillige, desto höhere Forderungen könne man stellen und desto höhere Leistungen verlangen.

Abg. **Jürgens**: Die Bedeutung des fremdsprachlichen Unterrichtes sei vom Herrn Minister nicht verkannt, trotzdem halte er solches mit den Zielen eines Seminars für nicht vereinbar. Er könne nicht einsehen, warum das, was für ein Gymnasium passe, nicht auch für das Seminar passe. Gerade die Kenntniß einer fremden Sprache sei außerordentlich bildend, auch für den Seminaristen.

Der Abg. Ahlhorn habe wiederholt den Herrn Minister in die Debatte gezogen und ihm als Kultusminister nicht viel Gnade angedeihen lassen. Bei der Frage über die staatliche Beihilfe zu den Baulasten bedürftiger Schulanstalten habe der Abg. Ahlhorn sich anders geäußert und gemeint, man dürfe der Regierung das Vertrauen schenken, daß sie eine gerechte Vertheilung dieser Beihilfe vornehmen würde. Er sei damals schon anderer Meinung gewesen und habe in die oberste Schulleitung nicht unbedingt Vertrauen gesetzt, er habe nie vergessen, daß vielleicht große Ueberraschungen für den Landtag von dieser Seite kommen könnten. Er müsse heute wieder sagen, daß die obere Schulleitung in diesem Fach nicht recht zu Hause sei. Sein

Mißtrauen sei durchaus sachlicher Natur. Der Herr Minister habe sich heute bei der Beurtheilung der Vorlage wiederholt auf das Resultat der Unterredungen berufen, welche er mit Fachmännern gehalten haben will. Wer sei denn eigentlich der verantwortliche Leiter? Der Herr Minister oder sonst jemand, der für den Landtag nicht in die Erscheinung trete? In schultechnischen Fragen solle man doch praktischen Schulmännern die Vertretung im Landtage überlassen. Einer könne nicht alles machen, man gelange sonst zu der Annahme, daß die Aeußerung, welche er kürzlich aus dem Munde eines hochgestellten Herrn unseres Landes vernommen habe: „die Juristen glaubten sämtliche Fakultäten beherrschen zu können“, richtig sei. Man müsse eine andere Beordnung treffen, das könne dem Schulwesen nur zum Segen gereichen. Von einem vollen Vertrauen in sachlicher Beziehung sei er zur obersten Leitung des Schulwesens nicht befeelt.

Minister **Flor**, Exc.: Er habe sich heute Nachmittag nicht an der Debatte betheiliget, weil sie vom eigentlichen Gegenstande der Verhandlung abgewichen sei. Es sei von der Hebung der Volksschule, von der dadurch zu hebenden Zufriedenheit des Volkes gesprochen; deshalb solle die sechste Klasse nöthig sein. Aber niemand habe davon gesprochen, auf welche Weise und wie weit die Volksschule gehoben werden solle. Darin lägen so schwierige und weittragende Fragen sozial-politischer Natur, daß man besser thue, diesen Gesichtspunkt hier nicht weiter zu verfolgen.

Der Abg. Jürgens habe gefragt, warum denn die Seminaristen keinen fremdsprachlichen Unterricht erhielten. Die Antwort darauf sei die, daß die Seminaristen zu viel sonstige nothwendige Dinge zu lernen hätten, wie z. B. Pädagogik und viel Anderes, an das ein Gymnasiast nicht zu denken brauche. Ihre Zeit werde auch ohne fremdsprachlichen Unterricht reichlich ausgefüllt. Sodann habe der Abg. Jürgens ihm hinsichtlich der Verwaltung des Schulwesens sein Mißtrauen ausgedrückt, das berühre ihn nicht, begründet sei diese Aeußerung von dem Abg. Jürgens nicht. Er wende sich an die ihm unterstellten Techniker, welche ihm ihre gutachtlichen Erklärungen abgäben. Diese Techniker hier regelmäßig als Regierungskommissare auftreten zu lassen, das habe schon deshalb seine großen Bedenken, weil dieselben nicht ständig im Ministerium arbeiteten und in Folge dessen über die Auffassung der Regierung nicht immer so unterrichtet wären, wie man dies von einem Regierungskommissar verlangen müsse.

Abg. **Burlage**: Der Abg. Tanzen habe gemeint, die vielen Privatschulen auf dem Lande bewiesen, daß sich die Volksschulen nicht auf der Höhe befänden, man müsse deshalb bessere Volksschulen haben und das geschehe durch eine Hebung des Seminars. Das könne er in dieser Allgemeinheit nicht anerkennen. Zur Hebung der Volksschule sei nöthig Verkleinerung der Klassen, Vermehrung der Lehrerschaft und eventuell Verlängerung des Unterrichtes um ein Jahr. Hieran denke aber ja im Landtage niemand. Der Lehrer aber erreiche auf alle Fälle mit einer fünfjährigen Vorbildung ein Lehrziel, das hoch genug über der Volksschule stehe. Die Kenntniß einer fremden Sprache sei nicht erforderlich. Auch zum Unterricht an den Fortbildungsschulen seien die Lehrer jetzt sehr wohl befähigt,

sie wirkten dort segensreich. Höchstens müsse noch eine besondere Ausbildung in gewissen speziellen Fächern dieser Schulen hinzukommen, für die besondere Ausbildungskurse eingerichtet würden.

Die Behauptung, daß das Latein ein rein formales Bildungsmittel sei, sei nicht richtig, dasselbe sei für die Berufsausbildung der Theologen, Philologen und Juristen nötig. Er wolle nicht hoffen, daß die Juristen trotz des B. G. B. jemals das Corpus iuris unbeachtet ließen. Ob auch die Ärzte Latein brauchten, sei freilich eine unbestrittene Frage.

Der Abg. Ahlhorn habe es bemängelt, daß die Lehrer so jung in die Praxis kämen, die Gymnasiasten besuchten in solchem Alter erst die Universität. Aber sehr viele von diesen träten doch auch sofort ins Leben, z. B. ins Post- und Bankfach. Vor allem ein Offizier komme doch in noch früheren Jahren in eine sehr verantwortungreiche Stellung. Und so vollkommen selbstständig, wie gesagt wäre, sei der junge Lehrer doch auch nicht. Viele Jahre hindurch stände er unter der Oberaufsicht eines älteren Kollegen. Er glaube nicht, daß die Autorität des Lehrers oft unter seiner Jugend leide.

Sodann habe der Abg. Ahlhorn seinen Standpunkt in Verbindung gebracht mit dem Standpunkt der katholischen Kirche. Wo sei denn da der Zusammenhang? Er habe zwischen der sechsten Klasse und der Kirche keine Berührungspunkte finden können. Es sei bis jetzt eine schöne Gewohnheit des Hauses gewesen, konfessionelle Fragen unberührt zu lassen. Er sei dieser Gepflogenheit stets treu geblieben, sowohl innerhalb des Hauses als im privaten Verkehr mit den Kollegen; denn er besitze Lebenserfahrung genug, um zu wissen, daß bei religiösen Zänkereien nichts herauskomme. Zu der Äußerung des Abg. Ahlhorn aber von heute Vormittag, daß die Schule ein Kind der Reformation sei, liege ein Vorwurf gegen die katholische Kirche dahin, daß sie schulfreundlich sei. Diesen Vorwurf müsse er zurückweisen. Die Geschichte zeige zur Genüge das Bestreben des Katholizismus in dieser Richtung. Als das Christentum in Deutschland Eingang gefunden habe, sei sofort auch der Schulunterricht gepflegt worden. Zur Zeit Karls des Großen seien überall Klosterschulen gegründet worden. Wer kenne nicht die schöne, humorvolle auf die Klosterschule zu Corvey anspielende Stelle aus dem Epos „Dreizehnhundert“ von Weber:

„Auf den braunen Eichenbänken  
Saß die Brut der Sachsenrecken,  
Junge Bären, Riesnarbeit  
War's, sie bildend zu belecken“.

Den Klosterschulen seien Pfarrschulen gefolgt, die allerdings vielfach durch die Wirren des 30jährigen Krieges wieder vernichtet seien. Die katholische Kirche sei nie schulfreundlich gewesen, er wolle besonders noch hinweisen auf die Schulen im Bisthum Münster im Anfang des 19. Jahrhunderts. Er nenne die Namen eines von Fürstenberg und Oerberg, von dem vielleicht auch der Abg. Ahlhorn schon gehört habe. Es sei geschichtlich nachgewiesen, daß diese Schulen die Besten ihrer Zeit im nördlichen Deutschland gewesen seien.

Der Abg. Hug habe sich sehr vorsichtig ausgedrückt.

Er habe sich jedoch an dem Worte „Irrlehren“ gestoßen. Es seien ihm dabei wohl die „Irrlehren der Sozialdemokratie“ von Eugen Richter eingefallen. Das Buch sei für die Sozialdemokraten recht unangenehm gewesen. Auch er wolle nicht im Bausch und Bogen die gesammten Lehren Darwins als falsch bezeichnen, aber es befände sich eine große Lücke in der Lehre von Darwin und Hückel. Die Erschaffung der Urzelle bleibe unangetastet; darauf komme es gerade an. Sodann habe der Abg. Hug die Sozialdemokratie als ein von den Gelehrten anerkanntes notwendiges Ergebnis der Entwicklung der heutigen Gesellschaftsordnung bezeichnet. Das sei doch noch von keinem einzigen Gelehrten anerkannt, wenn man von einigen wenigen Wirrköpfen ablässe. Welcher Gelehrte nenne denn nicht den Zukunftsstaat der watschichten Sozialdemokratie Humbug?

Wenn der Abg. Hug ferner gesagt habe, er (Redner) stehe manchen unzufriedenen Kreisen näher als der Abg. Hug, so verstehe er das nicht. Wenn er die Gehaltszulage im Auge habe, so sei das Verhalten der ihm nahestehenden Beamtenkreise doch in jeder Beziehung ein angemessenes und vornehmes.

Er bleibe dabei, daß zur Hebung der Volksschulbildung eine sechste Klasse nicht nötig sei. Man wolle jetzt die fünfte einführen und solle sich damit zufrieden geben. Träte denn ein Bedürfnis nach einer sechsten Klasse zu Tage, so könne diesem s. Zt. abgeholfen werden.

Abg. **Dittmer**: Er stehe voll und ganz auf dem Standpunkt des Abg. Tangen, eine erhöhte Bildung der Lehrer würde eine erhöhte Bildung der Kinder mit sich führen. Das sei ein Mittel zur Lösung der sozialen Frage. Den Abg. Quatmann könne er nur bedauern, daß derselbe den Wissensdurst im Deutschen Reich zurückgedrängt wissen wolle. Man solle sich freuen, daß das Volk nach Wissen strebe. Die in der Volksschule erreichte Bildung und das dort angeeignete Wissen sei der einzige Reichtum, der den Kindern mit ins Leben gegeben werde, und daher müsse auch der Lehrstoff auf der Volksschule erweitert werden, zumal da die neuere Zeit immer höhere Anforderungen an die Kraft des Einzelnen im späteren Leben stelle.

Daß der Abg. v. Hammerstein einen IV. Stand nicht kenne, sei ihm sehr erfreulich zu hören; er habe aber nach seiner ersten Rede das nicht angenommen. Im Uebrigen habe, wenn er den Ausdruck „vierter Stand“ gebraucht habe, ihm nur der seit Mirabeaus Zeit geschichtlich gewordene Ausdruck, vor Augen geschwebt. Er glaube auch, daß sich noch viele Zeitungen und Zeitschriften dieses Ausdrucks bedienen. —

**Präsident**: Er müsse den Abgeordneten bitten, nicht so weit abzuschweifen. Mirabeau habe doch nichts mit der sechsten Klasse zu thun.

Abg. **Dittmer**: Ein gewisser Zusammenhang möchte doch bestehen, denn die Lehrer rekrutierten sich wohl größtenteils aus dem von ihm genannten „Stand“. —

Abg. **Schütz**: Auf seine Ausführungen von heute Morgen, daß ohne fremdsprachlichen Unterricht dem Lehrer nicht einmal eine richtige Aussprache der Fremdwörter möglich sei, sei die Frage aufgeworfen, wie viel Sprachen man denn lernen müsse. Dem gegenüber müsse er betonen, daß

es doch ein Unterschied sein dürfte, ob jemand ein französisches oder ein chinesisches Wort falsch ausspreche. Wenn dann der Vorschlag gemacht sei, die Fremdwörter auszumergen, so sei dieses leichter zu sagen als auszuführen. Er möchte gern wissen, wie dies im geographischen und geschichtlichen Unterricht möglich sein sollte. Auch den Einwand, daß das Seminar im fremdsprachlichen Unterricht doch nicht viel leisten könne, müsse er zurückweisen. Warum sollte sich in sechs Jahren in einer fremden Sprache nicht schon etwas erreichen lassen? Der Hinweis auf die übrigen höheren Schulen treffe auch nicht zu, denn diese betrieben gleichzeitig mehrere fremde Sprachen. In den Seminaren anderer Staaten habe man den fremdsprachlichen Unterricht schon vor ungefähr 30 Jahren eingeführt. Hier aber solle er nicht nothwendig sein! Warum wolle man dem Volksschullehrer das vorenthalten, was man dem Schüler der gehobenen Volksschule gewähre.

Wenn der Abg. v. Hammerstein vor zu raschem Tempo warne, so sei diese Warnung schlecht angebracht, wie er heute Morgen nachgewiesen habe. Ferner habe er die Lehrer als Partei bezeichnet und daraus den Schluß gezogen, daß deshalb auf ihr Urtheil kein großes Gewicht zu legen sei. Einem solchen Einwand gegenüber müsse er doch betonen, daß man auf anderen Gebieten gerade die Leute für sachkundig halte, die in diesem Fache thätig seien, und die Lehrer würden wohl am besten wissen, wo sie der Schuch drücke. Wenn dann derselbe Abgeordnete darauf hinweise, daß die Kosten für die Volksschule schon gerade hoch genug seien, so würde sich ja vielleicht noch Gelegenheit bieten, um über das Verhältniß der Ausgaben für die Volksschulen und für die höheren Schulen zu reden. Er sei bisher der Ansicht gewesen, daß diese Kosten nicht nur eine Belastung, sondern ein zinstragendes Kapital darstellen würden, was der Abg. Gerdes vorhin sehr schön ausgeführt habe, er halte die Zeit längst für vergangen, in der man die Schule als ein Uebel betrachtet habe.

Der Abg. Funch habe auf die günstigen Verhältnisse in Norwegen hingewiesen. Dabei dürfe nicht übersehen werden, daß gerade in Schweden und Norwegen die Frequenz der Klassen eine sehr geringe sei, niedriger als in allen Staaten Deutschlands.

Wenn der Abg. Quatmann als Grund gegen die Erweiterung des Seminars anführe, daß er einen Lehrer kenne, der nur 2 Jahre im Seminar gewesen und doch recht tüchtig sei, so könne und wolle er dies gewiß nicht bestreiten, denn es gebe überall Ausnahmen von der Regel, im Uebrigen aber komme es auch darauf an, welche Anforderungen man stelle.

Abg. **Ahlhorn** (Osternburg): Der Abg. v. Hammerstein wolle aus seinen Worten entnommen haben, daß die Lehrer auf niedriger Stufe ständen. Nein, das habe er nicht gesagt, sondern nur betont, daß man dieselben nicht vorwärts schreiten lasse. Ebenso wenig verlange er einen Unterricht in allen möglichen Fächern und fremden Sprachen. Er wünsche nur eine sorgfältige Ausbildung in der Pädagogik, Psychologie, Geschichte, Litteratur und in einer fremden Sprache. Die rührende Fürsorge des Abg. v. Hammerstein bezl. der Kosten schein ihm doch etwas zu weit zu gehen; wenn Oldenburg nicht einmal die Kosten

mehr tragen könne, dann solle man sich doch in den preussischen Staatsverband aufnehmen lassen. Das Volk wolle diese Kosten gern tragen, davon sei er überzeugt.

Was die Religion betreffe, so sei er wohl der Letzte, der diese missen möchte. Er wolle aber die Religion nicht nach der Lehre des todtten Buchstabens, sondern nach dem Geiste der Religion, in Werken der Liebe und Barmherzigkeit geübt wissen. Er sei ein sehr warmer Anhänger der Religion, ebenso wie der Abg. Meyer.

Es sei richtig, wenn man sage, eine fremde Sprache gehe über das Lehrziel der Volksschule hinaus, aber doch nicht über das Lehrziel des Seminars. Unser jetziges Lehrziel genüge nicht, selbst wenn schon Lehrer mit solchem Bildungsgang in Preußen ganz gut weiter gekommen seien. Aber er wisse auch von manchen katholischen Lehrern, die mit dem zweiten Examen ihre große Schwierigkeiten gehabt hätten.

Er müsse nochmals betonen, daß ihm in Schulfragen die Autorität des Seminardirektors Voigt doch höher stehe als die des Herrn Kultusministers; er zweifle gar nicht an dessen guten Willen, er stehe aber unter Einflüssen, von denen er sich nicht freimachen könne.

Der Abg. Burlage habe sodann von konfessionellen Erörterungen gesprochen. Er für seine Person wolle Schule und Kirche als Geschwister neben einander gehen lassen, es solle aber nicht zwischen ihnen ein Verhältniß wie zwischen Herren und Sklaven bestehen. Aber in der katholischen Schule sei der Geist der Theologie vorherrschend.

Ein genügend unterstützter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. **v. Hammerstein** zur thatsächlichen Berichtigung. Er habe nicht, wie der Abg. Ahlhorn meine, gesagt, das Herzogthum könne die Kosten der 6. Klasse nicht tragen, er habe nur ausdrücken wollen, der Abg. Ahlhorn könne die Kosten, die sie im Gefolge habe, jedenfalls noch nicht übersehen.

Der Abg. Schütz habe ihm vorgeworfen, daß er die Volksschule als ein Uebel ansehe. In dieser Richtung habe er nicht im Entferntesten etwas gesagt. Er wolle auch den Lehrern nicht das Urtheil absprechen, sondern sie nur als Partei darstellen.

Abg. **Meyer** (Holte): Er wolle nicht bestreiten, daß der eine oder andere Lehrer im Auslande mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt habe. Das sei aber nichts Auffallendes. Im Allgemeinen kommen die jungen Lehrer gut fort.

Abg. **Hug**: Mit dem Ausdruck, daß manche unzufriedene Kreise dem Abg. Burlage näher ständen als ihm, habe er heute morgen nicht die Beamtenkreise, sondern die katholischen Arbeiterkreise gemeint.

Abg. **Schütz**: Er habe nicht die Ansicht des Abg. v. Hammerstein dahin ausgedrückt, daß die Volksschule ein Uebel sei.

Berichterstatter Abg. **Hollmann**: In der Debatte sei alles so gründlich besprochen, daß er sich auf einige kurze Bemerkungen beschränken könne. Im Ausschußbericht solle sich nach Ansicht des Abg. Schröder ein Widerspruch befinden, die Lehrziele sollten nicht erhöht und trotzdem mehr geleistet werden. Es komme doch darauf an, wie die Lehrziele er-

reicht würden. Die geplante Erweiterung des Seminars solle nun in erster Linie dazu dienen, daß die Lehrziele in genügenderem Maße als bisher erreicht würden.

Alle Redner haben sich für eine Erweiterung des Seminars ausgesprochen und er bitte deshalb um Annahme des Antrages der Mehrheit des Ausschusses.

Auf genügend unterstützten Antrag des Abg. Ahlhorn wird namentlich abgestimmt.

Der Ausschußantrag **Nr. 1** wird mit 31 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Für denselben stimmen die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg) und Hug.

Gegen denselben stimmen die Abgeordneten: Ahlhorn (Hartwarderwarp), Alfs, Burlage, Dittmer, Dauen, Dohm, Funch, Gerdes, Gramberg, Groß, von Hammerstein, Hollmann, Huchting, Jungbluth, Jürgens, Kühling, Meyer (Holte), Meyer (Alpen), Meyer (Westerstede), Quatmann, Köper, Schröder, Schulte, Schütz, Sommer, Tanzen, Thorade, Wenke, Wessels, Wild, Wilken.

Der Ausschußantrag **Nr. 2** wird mit 29 gegen 4 Stimmen angenommen.

Für denselben stimmen die Abgeordneten: Ahlhorn (Hartwarderwarp), Alfs, Burlage, Dittmer, Dohm, Funch, Gramberg, Groß, v. Hammerstein, Hollmann, Huchting, Jungbluth, Jürgens, Kühling, Meyer (Alpen), Meyer (Holte), Meyer (Westerstede), Quatmann, Köper, Schröder, Schulte, Schütz, Sommer, Tanzen, Thorade, Wenke, Wessels, Wild, Wilken.

Gegen denselben stimmen die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg), Dauen, Gerdes, Hug.

Der Ausschußantrag **Nr. 4** wird mit 19 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Für denselben stimmen die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwarp), Dittmer, Dauen, Hug, Jungbluth, Jürgens, Meyer (Westerstede), Meyer (Alpen), Schröder, Schütz, Wessels, Wild, Wilken.

Gegen denselben stimmen die Abgeordneten: Alfs, Burlage, Dohm, Funch, Gerdes, Gramberg, Groß, v. Hammerstein, Hollmann, Huchting, Kühling, Meyer (Holte), Quatmann, Köper, Schulte, Sommer, Tanzen, Thorade, Wenke.

Der Ausschußantrag **Nr. 3** wird mit 19 gegen 14 Stimmen angenommen.

Für denselben stimmen die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwarp), Dittmer, Dauen, Funch, Gerdes, Gramberg, Groß, Hug, Jungbluth, Jürgens, Meyer (Westerstede), Meyer (Alpen), Schröder, Schütz, Tanzen, Wessels, Wild, Wilken.

Gegen denselben stimmen die Abgeordneten: Alfs, Burlage, Dohm, v. Hammerstein, Hollmann, Huchting, Kühling, Meyer (Holte), Quatmann, Köper, Schulte, Sommer, Thorade, Wenke.

Der Ausschußantrag

**Nr. 5:**

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären  
1. daß am Seminar zu Oldenburg außer den

im Gehalts-Regulativ vom 3. April 1894 vorgesehenen Stellen zwei ordentliche Seminarlehrer nach den Bestimmungen des Gehalts-Regulativ zu **Nr. 82** angestellt werden,

2. daß in dem Voranschlag für die Finanzperiode 1900/1902 noch die folgenden ferneren Ausgaben zu §. 108 eingestellt werden,

	1900	1901	1902
a) Gehalte für 2 ordentliche Seminarlehrer im Betrage von zusammen	3600	4800	4800
b) Anschaffung von Inventar . . . . .	1325		
c) Unterstützungen an Seminaristen . . . . .	3500	3500	3500
zusammen	8425	8300	8300

wird ohne Erörterung angenommen.

**Präsident:** Anträge zur zweiten Lesung erbitte er bis morgen Abend 7 Uhr. Zu dieser Vorlage sei ein Schreiben des Rüstlinger Lehrervereins eingegangen, welches wohl als eine briefliche Mittheilung aufzufassen sei, deshalb also auch nicht formell zu erledigen sei. Er werde auch brieflich daselbe als erledigt bezeichnen.

**II. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage, betreffend die Erweiterung des Schullehrer-Seminars in Wechta.** 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Burlage.

Die Ausschußanträge

**Nr. 1:**

Der Landtag wolle beschließen, die von der Großherzoglichen Staatsregierung beantragten Mittel für die Einrichtung eines fünfjährigen Seminarurses zu bewilligen, wenn das Aufnahmealter der Seminaristen festgesetzt wird auf fünfzehn Jahre,

**Nr. 2:**

Der Landtag wolle die Einrichtung eines fünfjährigen Kurusus am Schullehrer-Seminar in Wechta bewilligen,

**Nr. 3:**

Der Landtag ersucht die Großherzogliche Staatsregierung, dem nächsten ordentlichen Landtage eine Gesetzesvorlage, betreffend die Einrichtung eines sechsjährigen Seminarurses machen zu wollen,

**Nr. 4:**

Der Landtag ersucht die Großherzogliche Staatsregierung, bei dem nächsten ordentlichen Landtage die Mittel zur Errichtung eines sechsjährigen Seminarurses im Jahre 1903 zu beantragen, so daß alsdann die Aufnahme in das Seminar mit dem vierzehnten Lebensjahre erfolgen kann, werden gemeinsam zur Berathung gestellt.

Abg. **Burlage:** Es lägen hier dieselben Gründe und Gegenstände vor, wie bei der vorigen Vorlage. Er wolle daher nicht auf die Sache eingehen und hoffe, daß der Gegenstand ohne längere Debatte erledigt würde.

Abg. **Quatmann:** Nach dem Ausschußbericht solle in Zukunft von der Gepflogenheit abgegangen werden, mehr Seminaristen aufzunehmen als zu verwenden seien. Er

möchte wünschen, sofern es nicht mehr Kosten mache, auch noch fernerhin mehr aufzunehmen. Auch wir seien vielfach auf ausländische — namentlich preussische — Unterrichtsanstalten, als Universitäten zc. angewiesen, und möchte er es den jungen Leuten gerne gönnen, wenn sie sich auf diese Weise eine gute gesicherte Zukunft verschafften. Schon jetzt kämen unsere Lehrer im Auslande gut weiter und beständen durchweg gut das zweite Examen.

Reg.-Komm. **Willich**: Es liege in der Absicht der Regierung, in Zukunft, wie schon in den letzten Jahren verfahren sei, nicht mehr Schüler aufzunehmen, als für den Schuldienst nöthig seien. Was wolle man mit den überzähligen Schulamtskandidaten? Die kämen häufig in Stellungen, die ihnen durchaus nicht dienlich seien oder sie gingen in das Ausland. Deshalb wolle man jetzt in Bechta daselbe Verfahren einführen, wie es in Oldenburg schon lange bestehe.

Abg. **Meyer** (Holte): Er stehe auf dem Standpunkt des Abg. Quatmann. Der bisherige Zustand sei besser gewesen. Es sei schade um das Seminar, daß das bewährte Verhältniß jetzt beseitigt werden würde.

Er habe noch einen Wunsch an die Regierung: in Oldenburg befinde sich am Seminar ein erster Seminarlehrer, welcher unter dieser Bezeichnung regulirt sei. Früher sei das bei dem Bechtaer Seminar auch so gewesen, seit einigen Jahren fehle diese Bezeichnung aber. Er sehe dafür keinen Grund ein, vielmehr könne daraus auf eine Zurücksetzung des katholischen Seminars geschlossen werden, was man doch jedenfalls nicht beabsichtigt habe. Er bitte, diese Dienstbezeichnung für die Stelle jetzt doch auch wieder beim Bechtaer Seminar amtlich einführen zu wollen.

Abg. **Ahlhorn** (Osternburg): Ihm seien die Lehrpläne der beiden Seminare ausgehändigt worden, und da habe er denn gefunden, daß die Seminaristen in Bechta eine ganz unverhältnißmäßig hohe Stundenzahl hätten. Rechne man die Zeit für den Musikunterricht ab, so blieben in der dritten Klasse 41 Stunden, in der zweiten 46 und in der ersten Klasse 48 Stunden wöchentlich. Das seien täglich 8 Stunden. Rechne man die Zeit zur Verarbeitung des Stoffes auch noch auf etwa 8 Stunden, so bliebe für Schlaf, Essen und dergleichen kaum noch Zeit übrig. Das seien geradezu gefährliche Zustände. Sei das dem Herrn Minister bekannt? Da müsse unbedingt sofort Aenderung eintreten.

Reg.-Komm. **Willich**: Da müsse irgendwie ein Mißverständnis vorliegen. Der neue Lehrplan sei noch nicht definitiv ausgearbeitet; was hergegeben sei, sei nur eine vorläufige Skizze, die gänzlich unverbindlich sei, weil die Neueinrichtung der Anstalt ja noch gar nicht geschaffen sei. Derartige Stundenzahlen könne es natürlich nicht geben.

Abg. **Schröder**: In Bechta seien bis jetzt eine Anzahl Seminaristen mehr aufgenommen als nöthig gewesen seien. Deshalb sei bis jetzt für dürftige Seminaristen nur eine geringe Summe an Unterstützung gefordert.

**Präsident**: Der Antrag **A 5** stände in Beziehung zu Antrag **A 4** und da der Abgeordnete bei seinen Ausführungen den Antrag **A 5** anziehe, halte er für richtig, denselben gleich mit zur Berathung zu stellen.

Es wird demgemäß Antrag **A 5** gleich mit zur Berathung gestellt, derselbe lautet:

Genehmigung des Antrages der Großherzoglichen Staatsregierung zu I und II mit der Aenderung, daß eingestellt werden zu II, 3 für 1901: 900 *M.* und 1902: 2800 *M.*, sowie zu II, 4 für 1900: 36900 *M.*

Abg. **Schröder**: Jetzt würde also jedenfalls eine größere Unterstützung nöthig werden. Da richte er nun die Anfrage an die Regierung, welche Maßregeln sie zu ergreifen gedenke, um zu verhindern, daß Lehrer, die Unterstützung empfangen hätten, ins Ausland gingen.

Minister **Flor**, Exc.: Das sei in Bechta so geregelt, wie in Oldenburg. Solche müßten die ganzen Unterstützungskosten bei definitiver Entlassung zurückzahlen.

Abg. **Ahlhorn** (Osternburg): Der Herr Regierungskommissar habe ihn wohl falsch verstanden. Er habe nicht von dem zukünftigen, sondern von dem gegenwärtigen Lehrplan gesprochen. Die Stundenzahl sei ganz entschieden zu hoch. (Abg. Quatmann: die Schüler dort sind fleißiger!) Ja, das möchte ja sein, aber eine solche Ueberbürdung sei unerhört.

Abg. **Burlage**: Von einer Ueberbürdung der Seminaristen in Bechta habe er noch nie etwas gehört. Es möchte sein, daß den jungen Leuten dort etwas mehr zugemuthet würde als hier in Oldenburg. Kräftige junge Leute vom Lande könnten vielleicht auch etwas mehr ertragen, als die Stadtkinder.

Abg. **Schult**: Das Bechtaer Seminar habe durchweg recht gute Ergebnisse gezeitigt. Es sei sehr erfreulich, daß jetzt auch dort eine 5. Klasse eingeführt werden solle. Das werde gute Früchte tragen.

Der Ausschußantrag **A 1** wird abgelehnt, **A 2** angenommen, **A 4** abgelehnt, **A 3** und **A 5** angenommen.

**Präsident**: Anträge zur zweiten Lesung erbitte er bis Mittwoch Abend 7 Uhr.

Es läge eine vertrauliche Vorlage vor, deren Erledigung Eile habe. Er bitte den Landtag trotz der vorgerückten Stunde noch über dieselbe zu berathen. Die anderen Punkte der Tagesordnung würden auf die nächste Sitzung vertagt werden können.

Der Landtag erklärt sich einverstanden, die vertrauliche Vorlage noch zu berathen.

Es folgt Berathung über die vertrauliche Vorlage vom 25. Januar 1900.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit:

**Präsident**: Er setze die nächste Sitzung auf morgen, Mittwoch, 10 Uhr, mit folgender Tagesordnung an:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten von Hammerstein, betreffend die Einrichtung eines Verwaltungsgerichts für das Großherzogthum Oldenburg.
2. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstenthum Lübeck, betreffend Erhebung einer Kurtaxe in Niendorf, Klein-Timmendorfer Strand, Scharbeutz und Haffkrug, und betreffend Bildung eines Ostseebäderfonds. 1. Lesung.



3. Mündlicher Bericht des Justizauschusses über die Petition einiger Villenbesitzer am Timmendorfer Strand, betreffend Freigabe der Strandschonungen und Anlegung von Strandwegen.
4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Ankauf von zwei Wiesen in der Nähe der Irrenanstalt zu Wehnen.
5. Bericht desselben über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Zusatz zum Gesetze vom 14. Februar 1883 wegen Errichtung einer Bodencreditanstalt für das Herzogthum Oldenburg. 1. Lesung.
6. Bericht desselben, betreffend die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogthum Oldenburg für die Finanzperiode 1900/1902.
7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Pläne mit Kostenanschlag für Bahnwärter- und Arbeiterwohnungen nebst Stallgebäuden.
8. Bericht desselben über das Schreiben der Staatsregierung vom 8. November 1899, betreffend die Aufhebung der Streckenbuchungen.
9. Berichte der Mehrheit und der Minderheit des Petitionsauschusses über
  1. die Petition des Handels- und Gewerbevereins in Oldenburg und des Oldenburgischen Schutzvereins für Handel und Gewerbe, betreffend Besteuerung der Konsumvereine;
  2. die Petition des Oldenburgischen Konsumvereins e. G. m. b. H., betreffend Ablehnung des Antrags des Oldenburger Gewerbe- und Handelsvereins, betr. Besteuerung der Konsumvereine.
10. Mündlicher Bericht desselben über die Petition des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands, betreffend die Einführung einer progressiven Umsatzsteuer für Versandtgeschäfte zc.
11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Gemeindevorstandes der Gemeinde Dötlingen, betreffend authentische Interpretation des Artikels 23 der Wegeordnung, eventuell Erlaß einer Novelle zu derselben.
12. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogthum Oldenburg und das Fürstenthum Lüneburg, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 28. März 1876, betreffend die Diäten und Transportkosten der bei den Aemtern angestellten Civilstaatsdiener für Dienstreisen innerhalb des Amtsbezirks. 1. Lesung.

Schluß der Sitzung 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

**Der Berichterstatter:**

**Oltmanns.**

